

Donald Trump hält seine erste große Rede zu seinem außenpolitischen Kurs und Virginias Gouverneur gibt 200.000 Einwohnern seines Bundesstaats das Wahlrecht zurück

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 25. April bis zum 29. April 2016

(tk) In dieser Woche berichteten die U.S. Medien vor allem über Donald Trumps „America First“ Rede zu seinem außenpolitischen Kurs, sollte er als Präsident gewählt werden, und über Gouverneur Terry McAuliffes Entscheidung, 200.000 seiner vorbestraften Bürger das Wahlrecht zurückzugeben.

Am 27. April hielt der wahrscheinliche republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump in Washington D.C. seine erste große Rede zu seinem außenpolitischen Kurs. Trump hatte sich zwar bereits zu einer Vielzahl von außenpolitischen Themen geäußert, jedoch kaum in großen öffentlichen Reden, sondern über Twitter oder mit kurzen Äußerungen am Rande. Diese Aussagen waren oft widersprüchlich und wenig gehaltvoll. Wie die *Washington Post* schreibt, sollte diese Rede ihn jetzt als „ernst (-zunehmend) und standhaft“ präsentieren. Dieses Ziel erreichte er nicht. Im Gegenteil, die *Washington Post*, die *NY Times* und die *LA Times* sind sich in ihrem Urteil, dass Trump mit seiner vorgefertigten und vom Teleprompter abgelesenen Rede für noch mehr Verwirrung sorgte, alle einig. In seiner Rede verkündete Trump, dass das über allem stehende Motto seiner Präsidentschaft „America First“ sein würde. Dies ist eine Anspielung auf eine politische Bewegung namens „America First“, die sich zum Anfang des Zweiten Weltkriegs in den USA gegen den Eintritt in den Krieg einsetzte und so für die *LA Times* eine „unehrenhafte Vergangenheit“ zurückbringt. Der von Trump heraufbeschworene Isolationismus steht im Konflikt zu seiner Kritik an Präsident Obamas Entscheidung, die Atomkrise mit dem Iran diplomatisch zu lösen, so die *Washington*

Post. Eine andere Lösung hätte mehr Engagement der USA gefordert. Trump wolle sich weniger in fremde Konflikte involvieren und insgesamt die Staatsausgaben reduzieren, er kritisierte aber laut der *NY Times* in seiner Rede auch die abnehmende Truppenstärke des Militärs und ignoriert die teure Modernisierung des Atomwaffenarsenals.

Am 22. April unterzeichnete der Gouverneur des Bundesstaats Virginia, Terry McAuliffe, eine Anordnung, die es 200.000 Einwohnern dieses Bundesstaats erlaubt, wieder an Wahlen teilzunehmen. Diesen Bürgern war das Wahlrecht vorher, wie in einigen anderen Bundesstaaten, verwehrt geblieben, da sie eines Verbrechens überführt wurden und eine Gefängnisstrafe absolvieren mussten. Einmal verurteilt war es dann diesen Bürgern nur möglich, über ein Gericht oder den Gouverneur persönlich das Wahlrecht wieder zugesprochen zu bekommen. Die Entscheidung 200.000 Bürgern, die verurteilt wurden und ihre Strafe absolviert haben, das Wahlrecht wiederzugeben wird sowohl von der *NY Times* als auch der *LA Times* begrüßt und gelobt. Dies liegt nicht primär daran, dass so ehemalige Straftäter wieder komplett in demokratische Entscheidungsprozesse miteingebunden werden, sondern am historischen Kontext, aus dem die Entscheidung Straftätern das Wahlrecht zu entziehen, hervorging. Ende des 19. Jahrhunderts wurden in mehreren Bundesstaaten im Süden der USA Gesetze verabschiedet, die es verurteilten Straftätern, darunter vielen Afroamerikanern, verboten an Wahlen teilzunehmen. Der Grund hierfür waren Befürchtungen, die weiße Bevölkerung könne ihre exklusive politische Macht verlieren, wenn sich Afroamerikaner an den Wahlen uneingeschränkt beteiligen. Diese Gesetze gingen mit anderen einher, so die *NY Times*, die es erlaubten Personen wegen „Nichtigkeiten“ zu verurteilen und so von den Wahlurnen fernzuhalten. Der von der weißen Bevölkerung allgemein ausgehende Rassismus in den Folgejahren des Bürgerkriegs sorgte für eine bis heute bestehende unverhältnismäßig hohe Verurteilungsrates von Afroamerikanern, die zusammen mit dem Wahlrechtsentzug in einer „politische Hilflosigkeit“ in afroamerikanischen Gemeinden resultierte, so die *NY Times*. Die *LA Times* begrüßt Gouverneur McAuliffes Entscheidung zwar auch, sieht den Grund für diese, anders als die *NY Times*, aber nicht in seinem „Mut“ die Wahrheit zu sagen und Afroamerikaner endgültig zu integrieren, sondern in seiner Zugehörigkeit zu den Demokraten. Laut *LA Times* entschied sich McAuliffe, der „zufällig ein enger Freund von Hillary Clinton ist“ und „zufällig nationaler Vorsitzender der demokratischen Partei war“, so, weil Afroamerikaner mehrheitlich demokratisch wählen und die mehrheitlich afroamerikanischen Nutznießer dieser Entscheidung für Virginia bei den Präsidentschaftswahlen im November entscheidend sein könnten.

Quellen:

www.nytimes.com

www.latimes.com

www.washingtonpost.com